

„Demographie und Infrastruktur“ - Anhörung des Parlamentarischen Beirates 1 für Nachhaltigkeit des Deutschen Bundestages

„Demographie und Infrastruktur“
Anhörung des Parlamentarischen Beirates für Nachhaltigkeit des Deutschen
Bundestages
am 25.10.06 in Berlin

Statement von Susanne Tatje, Stadt Bielefeld

Sehr geehrter Dr. Krings!
Sehr geehrte Damen und Herren!

I.

Nordrhein-Westfalen wird heute 60 Jahre alt – mein „Bindestrich-Land“ altert, genau wie unsere Gesellschaft.

Und die alternde Gesellschaft ist wieder – oder immer noch - *das* Thema in den Medien. Keine Tageszeitung, keine Talk-Show, kein Nachrichtenmagazin, das sich nicht über die Kinderlosigkeit und den Bevölkerungsschwund in Deutschland Gedanken macht.

Inzwischen gibt es zumindest in den Medien eine *neue positive Richtung* in der Debatte, die lange durch Horrorvisionen von entvölkerten und vergreisten Städten bestimmt war. Der Schwerpunkt wird deutlich auch auf die *Chancen* einer alternden Gesellschaft gelegt - facettenreich beschrieben zum Beispiel von *Norbert Pötzl* im aktuellen *SPIEGEL spezial*. Ich bin sehr froh über diesen „Paradigmenwechsel“ und hoffe, dass er sich auch auf die Demographiedebatte in den Kommunen auswirkt.

Denn dort ist eine positive Leitbildentwicklung mit entsprechenden Strategien und Zielen für politisches Handeln immer noch eher selten – nicht ohne Grund. Wenn wir uns mit den Folgen des demographischen Wandels befassen, müssen wir weit reichende Perspektiven und Strategien in den Blick nehmen - und die reichen deutlich über die nächsten Wahltermine hinaus.

Trotzdem brauchen wir in unseren Städten und Gemeinden unbedingt *positive Ziele*, um den demographischen Wandel kreativ gestalten können. Wir müssen auch dort wegkommen von einer immer noch von Angst besetzten Diskussion - hin zu einer konstruktiven Auseinandersetzung. „Gute Demographen versuchen, Horrorgeschichten zu verhindern“ sagt *James Vaupel*, Direktor des Max Planck Instituts in Rostock, in einem *ZEIT* - Interview. Ich stimme ihm ausdrücklich zu!

II:

Wie gehen wir in Bielefeld das Thema an?

Für den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld *Eberhard David* war früh klar, dass er angesichts der demographischen Veränderungen handeln muss, und so hat er den Themenkomplex „Demographische Entwicklungsplanung“ im April 2004 durch die

„Demographie und Infrastruktur“ - Anhörung des Parlamentarischen Beirates 2 für Nachhaltigkeit des Deutschen Bundestages

neu eingerichtete Stabsstelle in seinem Dezernat stärker in der Verwaltung verankert.

In Ihrem Fragenkatalog, der für mich spezielle Fragen aufweist, wollen Sie wissen: Was macht eine Demographiebeauftragte?

Eine meiner Hauptaufgaben war es bisher, ein *kommunales Handlungskonzept* zu entwickeln. Das Konzept mit dem Titel „**Demographischer Wandel als Chance?**“ liegt jetzt vor. Es soll dafür sorgen, dass der demographische Faktor bei künftigen Entscheidungen berücksichtigt wird und dafür Entscheidungshilfen geben. Vor allem wollte und will ich dazu anregen, auch die *Chancen* zu nutzen, die die Bevölkerungsentwicklung bietet. Mir geht es vor allem um *eine einheitliche Strategie* und *politisch abgestimmte langfristige Planungen*. Die sollen sich zukünftig auch in der Finanzpolitik, also bei den Haushaltsberatungen und – entscheidungen bemerkbar machen. Das Demographiekonzept ist am 31. August d.J. *einstimmig* im Rat der Stadt Bielefeld *beschlossen* worden. Dazu eine Anmerkung: Wer Verwaltung kennt mit ihrem komplizierten Wechselverhältnis zur Politik kann sich sicher vorstellen, dass das nicht einfach war. Und deswegen habe ich mich über diesen fraktionsübergreifenden Konsens auch sehr gefreut.

III:

Wie sieht das Konzept aus?

Ich werde es nur kurz skizzieren, weil ich Ihnen auch noch ein *konkretes Beispiel* erläutern möchte: Für das Konzept habe ich eine *systematische Herangehensweise* gewählt und *unterschiedliche Bausteine* entwickelt: Es werden zunächst Ergebnisse demographischer Forschungen skizziert und - daraus abgeleitet - Fragen formuliert, die für die kommunale Praxis und damit auch für Bielefeld wichtig sind. Mir war wichtig, das Thema in einen theoretischen Bezug zu stellen - das gehört für mich unbedingt dazu. Konzept und somit praktisches Handeln sollten sich daraus ableiten.

Und ich habe *sechs demographiepolitische Ziele* und damit zukünftige Handlungsschwerpunkte für Bielefeld entwickelt. Diese Ziele leiten sich ab aus den Ergebnissen der Demographieforschung, den Ergebnissen einer Befragung, die ich in den Fachdezernaten der Verwaltung zu demographiepolitischen Aktivitäten und Vorstellungen durchgeführt habe. Aber auch die Gespräche mit lokalen Akteuren vor Ort, und vor allem die Potentiale unserer Stadt habe ich dabei berücksichtigt. Es ist also ein *passgenauer Vorschlag für Bielefeld*, den wir aus *eigener Kraft* erarbeitet haben. Es ging mir *nicht* darum, *konkrete* Maßnahmen vorzuschlagen. Diese können und sollen sinnvoller Weise erst erarbeitet werden, wenn sich Verwaltung und Politik auf *Ziele* verständigt haben.

IV.

Eines der Ziele heißt: „Wir wohnen zukunftsfähig!“. Dieser Handlungsschwerpunkt wird jetzt - nach dem Ratsbeschluss - in einer Pilotphase umgesetzt.

Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, mit diesem Themenkomplex zu beginnen, und die Politik ist diesem Vorschlag nach intensiven Beratungen gefolgt. Denn die demographischen Veränderungen zeigen sich beim „Bauen und Wohnen“ durch die

„Demographie und Infrastruktur“ - Anhörung des Parlamentarischen Beirates 3 für Nachhaltigkeit des Deutschen Bundestages

Leerstände schnell. Und gerade in diesem Bereich muss besonders *langfristig* geplant werden - Bau- und weitere Infrastrukturmaßnahmen wie Leitungsgebundene Versorgung durch Gas, Wasser, Strom oder Fernwärme oder Leitungsgebundene Entsorgung z.B. durch Abwasserkläranlagen sind teuer und belasten die kommunalen Haushalte. In diesem Zusammenhang stellt sich dann auch die Frage: Weisen wir zukünftig überhaupt noch Siedlungsflächen aus?

Mein besonderes Augenmerk gilt in diesem Zusammenhang den *Stadtteilen*. Denn Studien zeigen, dass sich nicht nur Regionen und Städte unterschiedlich entwickeln, sondern auch Stadtteile *in* den Städten selbst zukünftig stark verändern werden. Diese Entwicklung, bereits typisch z.B. für die Ruhrgebietsstädte, gibt es in Ansätzen auch in Bielefeld: In einigen Stadtbezirken steigt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich, und diese Entwicklung ist mit einer starken Fluktuation der Bewohner durch Zu- und Wegzüge verbunden (sog. „Durchgangsquartiere“). Andere Stadtteile verändern sich in eine andere Richtung: Hier leben zum Beispiel überproportional viele alte Menschen.

Für die kommunale Planung stellt sich also die Frage: Wie entwickeln wir zukünftig unsere Stadtgebiete? Hier geht es einmal um die soziale Dimension, Stichwort: „Segregation verhindern“, also eine weitere Aufspaltung der Gesellschaft. Wie wichtig dieses Thema ist, zeigt die aktuelle Armuts-Debatte. Genauso müssen wir uns aber auch mit städtebaulichen Dimensionen auseinandersetzen, wenn die Bevölkerung abnimmt oder sich deren Zusammensetzung verändert. Es gilt also, neue Stadtteilkonzepte zu überlegen, die alle Fragen des Zusammenlebens berücksichtigen.

Ich las jetzt in der *Frankfurter Rundschau*, dass in Frankreich eine „ethnische Statistik“ diskutiert wird. Damit sollen die sozialen Konflikte in den banlieues – den französischen Vororten – verhindert werden. Ganz deutlich: Das meine ich *genau nicht*; ich denke vielmehr an neue *Strategien*, zum Beispiel: Benachteiligte Stadtteile besonders fördern, die kommunalen Finanzen also anders gewichten.

Das heißt dann auch, Planungen für die städtische Infrastruktur – z.B. Schulen und Kindergärten – trotz zurückgehender Kinderzahlen neu und anders zu diskutieren. Also nicht vorschnell Schulen schließen oder Kindergartengruppen abbauen. Wir müssen uns andere – flexible – Lösungen überlegen – auch um eine Ghettobildung zu verhindern

Um hier Wege aufzuzeigen, habe ich in Bielefeld das Projekt „*Räume der Zukunft*“ angestoßen. Unterschiedliche Akteure – städtische Planer genauso wie Vertreter von Wohnungswirtschaft, Einzelhandel, Universität, Jugendhilfe und Stadtmarketing – haben Instrumente entwickelt, mit denen Stadtteile untersucht werden können, um ein „soziales Frühwarnsystem“ für die Zukunft entwickeln. Die Vorschläge sollen – quasi als „Werkzeugkasten“ - auch für andere Stadtteile als Anregung und Leitfaden dienen, um den demographischen Veränderungen konstruktiv zu begegnen.

„Demographie und Infrastruktur“ - Anhörung des Parlamentarischen Beirates 4 für Nachhaltigkeit des Deutschen Bundestages

V.

Frage: Reicht das?

Kann alleine diese systematische und langfristige Herangehensweise Verwaltungsmitarbeiter und auch Bürger motivieren, sich mit dem Thema „Demographischer Wandel“ zu befassen und über notwendige Veränderungen nachzudenken? Sicher nicht! Menschen sind erst dann zum Mitmachen motiviert, wenn nicht nur das „Unternehmen Stadt“ sondern auch sie selbst davon profitieren können. Aus diesem Grund habe ich bereits jetzt mit *ganz konkreten Projekten* begonnen, zwei Beispiele:

Die generationenübergreifende *Zukunftswerkstatt* „Wie wollen wir leben in Bielefeld im Jahr 2050?“ mit Bürgerinnen und Bürgern. Oder der *„Demographische StadtRundGang“*, der die Veränderungen im Stadtteil und Quartier *erfahrbar* machen soll.

Ich bin überzeugt: Erst dieser „policy mix“ aus verschiedenen Aktivitäten kann dazu beitragen, die Folgen der demographischen Entwicklung - wo immer möglich - abzumildern.

Mein Fazit: Städte brauchen eine „demographieorientierte Kommunalpolitik“, an der sich *alle* beteiligen und mitwirken. Die richtigen Konzepte und Strategien müssen wir immer wieder *neu denken* und weiterentwickeln. Nur so können wir die Zukunft unserer Stadt für unsere Kinder erfolgreich gestalten.